

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 25

Artikel: Offener Brief an Herrn Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Zürich
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094162>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offener Brief

an Herrn Nationalrat Hansjörg Braunschweig, Zürich

Sehr geehrter Herr Nationalrat,

Durch einen Leserbrief im «Berner Tagblatt» vom 23. November 1978 habe ich erfahren, dass Sie in einem Artikel mich persönlich und das Schweizerische Ost-Institut mit 29 anderen Organisationen als rechtsextremistisch bezeichnet haben. Den Artikel konnte ich in der Juli-/Augustnummer der Zeitschrift «Neue Wege» auffinden. Diese Zeitschrift ist wenig bekannt; Ihnen jedoch, dem Autor des Artikels, kommt als Nationalrat und Präsident der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich eine Bedeutung zu, die ich keineswegs unterschätzen möchte. Daher werde ich mich mit Ihrem Artikel, den Sie mir leider nicht zugestellt haben, etwas eingehender beschäftigen. Und Ihnen natürlich diesen offenen Brief sogleich übersenden.

Zur Rechtfertigung Ihres Artikels schreiben Sie einleitend: «Vor lauter Vorträgen und Artikeln über den Linksextremismus bleiben Untersuchungen über den Rechtsextremismus vergessen oder werden verdrängt... Fast kann man sagen: vor lauter linksextremen Bäumen sieht man den rechtsextremen Wald nicht.»

Die Aussage, dass ein rechtsextremer Wald sehr wohl aus linksextremen Bäumen bestehen kann, wäre von mir aus als Verstärkung des Satzes «les extrêmes se touchent» eines tieferen Nachdenkens wert. Bis auf Gegenbescheid brauchten Sie aber das von Ihnen aus falsche Bild, um davor zu warnen, ob der einen Erscheinung die andere zu übersehen. Daher wollen wir davon ausgehen, dass Sie gegensätzliche Dinge gemeint und verneint haben.

In diesem Zusammenhang sind zwei Fragen relevant.

1. Wen und was bezeichnen Sie als rechtsextrem?
2. Was ist unabhängig davon der Stellenwert des real existierenden Rechtsextremismus in der Schweiz?

Zur ersten Frage

Als rechtsextrem bezeichnen Sie

«Menschen, Organisationen oder Bewegungen, die eine Verschlechterung des Systems, Rückschritte, das heisst mehr Macht für die ohnehin schon Mächtigen, weniger Demokratie, weniger Gerechtigkeit und weniger Menschlichkeit in Kauf nehmen oder anstreben».

Damit stufen Sie die Regime der Breschnews und Menghistus unserer Zeit als rechtsextrem ein, wogegen nichts einzuwenden ist. Eine andere Frage

ist die Güte Ihres Massstabs, wenn es um die Ersetzung der bestehenden Macht durch eine andere Macht geht. Bezeichnenderweise fällt Hitler vor seiner Machtergreifung aus Ihrer Definition heraus: Er deklarierte seinen Kampf als Kampf gegen die Mächtigen von Weltjudentum, Kapitalismus und Plutokratie. Und seine Nachfolger halten es mit ihrem Kampf gegen die angeblich Mächtigen ihrer Zeit nicht anders. Und deshalb empfinde ich Ihren Massstab, der die Hitlers durchschlüpfen lässt, solange sie im Kommen sind, als ungenügend.

Für mich dagegen besteht ein Wesenszug des Extremismus — egal welcher Couleur — in der Bereitschaft, einen Heilsanspruch mit Gewalt durchzusetzen. Besonders systematisch wird das in der totalitären Ausprägung des Extremismus: Totalitarismus ist das, was Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus gemeinsam haben.

Der Massstab, den Sie an den Rechtsextremismus legen, muss also der Ihre bleiben. Das heisst, er müsste. Denn nunmehr ist festzustellen, dass Sie sich überhaupt nicht an Ihre eigene Wertungsgrundlage halten.

Wie sich nämlich aus Ihrer konkreten Aufzählung ergibt, legen Sie Ihren Massstab keineswegs an jene Personen und Organisationen, die Sie als rechtsextrem einstufen. Die schwarze Liste genügt Ihnen; Sie bringen keinen Beweis oder Hin-

weis, kein Zitat, keine Analyse von Aussagen und Verhalten, nichts, was Ihre Klassifizierung zu stützen vermöchte. Soweit ich Ihre Methode überprüfen kann (ich brauche nicht jedes X oder Y zu kennen, in dessen Sippschaft Sie mich einzureihen belieben), ergibt sich dafür etwas ganz anderes: Sie denunzieren Personen und Organisationen, die gegen den Extremismus in seiner heute virulentesten Form antreten, also gegen den sogenannten Linksextremismus. Mit andern Worten: ausgerechnet jene Personen und Organisationen, die den Faschismus auch dann bekämpfen, wenn er sich selber als sozialistisch ausgibt, wie das schon unter Hitler und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der Fall war.

Wenn Sie also konsequente Antifaschisten als Rechtsextremisten in Ihre Liste einordnen, ist das schon theoretisch falsch. Aber überdies ist es praktisch auch noch Rufmord. Sie suchen demokratische Gegner mit Ihrer Etikettierung aus dem demokratischen Spektrum zu verweisen. Und das bedeutet: die Andersdenkenden fertigmachen, statt sich mit ihnen auseinandersetzen. Was würde daraus bei «neuen Machtverhältnissen» werden? Würden Sie dann sagen: «Rechtsextreme Organisationen wird man hoffentlich wohl noch verbieten dürfen?»

Demgegenüber habe ich mich gegen die Totalitätsansprüche aller Extremisten gewandt, was Sie zu ignorieren belieben. Die geistig teils ungenügende, teils verspätete Opposition gegen den Fa-



Importeur feiner Qualitätsweine

Letzte Gelegenheit für Geschenke!
Wein wird immer sympathisch
aufgenommen.

Rufen Sie uns an, wir besorgen Ihnen
den Versand.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden,
die so einzig sind in ihrer Art,
so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung
Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind,
haben wir diese Teppiche in einer Sammler-
Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen,
heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen,
sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

schismus beruhte in der Unkenntnis seiner Ideologie, seiner Methoden und Ziele. Ich bin in einem andern Sinn erzogen worden: Die Gefahr muss man kennen, um sie überwinden zu können. So hat bei mir die Lektüre von Hitlers «Mein Kampf» automatisch zur Lektüre von Stalins «Fragen des Leninismus» geführt, die Bekämpfung des Nationalsozialismus nahtlos zur Bekämpfung des Sowjetsozialismus. Der Antifaschismus kann nur als Antitotalitarismus Bestand haben und gültig bleiben.

Zur zweiten Frage

Obwohl Ihre Sorge offenbar vorwiegend dem angeblichen Rechtsextremismus Ihrer freien Unterstellung gilt, will ich von mir aus doch etwas zum heutigen Stellenwert des real existierenden Rechtsextremismus in der Schweiz sagen. Sie haben ihn verzerrt und verzeichnet und seine aktuelle Gefahr ins Groteske verschoben.

Denn wo sehen Sie seine Manifestationen? Wann ist ein schweizerisches Flugzeug durch Rechtsextremisten entführt, wann sind Zöllner und Polizisten durch Rechtsextremisten niedergeschossen, wann sind Rechtsextremisten im Besitze von Waffenarsenalen ausgehoben, wann die Archive nicht rechtsextremistischer Organisationen durch Rechtsextremisten ausgeraubt worden? Wann haben Rechtsextremisten Autos ihnen missliebiger Bürger oder Domizile ihnen missliebiger Organisationen in Brand zu setzen versucht? Wo sind Mauern, Gebäude, Denkmäler durch Rechtsextremisten verunstaltet worden? Wann haben Rechtsextremisten oppositionelle Personen entführt? Wo gibt es für schweizerische Rechtsextremisten eine Basis, Solidarität und Unterstützung in einer internationalen Bewegung, die auf unser Land übergreifen könnte, zumal sie schon führende Persönlichkeiten etwa in der Bundesrepublik und in Italien ermordet hätte? Kurz: Wo sehen Sie den rechtsextremen Wald? Ist es nicht eher so, dass Sie vor lauter linksextremen Bäumen den *linksextremen* Wald nicht sehen?

Nun gibt es in Ihrem Artikel noch Dinge, die nicht einmal dann stimmen, wenn man Ihre «Verwechslung» von «rechtsstehend» und «rechtsextrem» als Gegebenheit Ihrer eigenen Darstellung zur Kenntnis nimmt. Es stimmt für keine der Möglichkeiten, dass «Veranstalter oder Redaktoren (...) sogar ein wenig Mut aufbringen» müssen, um den Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Es ist im Gegenteil leichter, sogar gegen den fiktiven Rechtsextremismus öffentlich ins Feld zu ziehen. Der reale Linksextremismus wird allenfalls geschichtlich und ohne Bezug auf unsere Zeit und auf die Schweiz an den Beispielen der RAF, der Roten Brigaden, der IRA dargestellt.

Dass Ihre Einleitung sehr geschickt ist, wird damit klar: Sie verwechseln die Proportionen, indem Sie den virulenten Linksextremismus mit dem (glücklicherweise) lächerlich bedeutungslosen Rechtsextremismus gleichstellen; und Sie erfinden gleich noch ein Klima, das dem Rechtsextremismus günstig, dem Linksextremismus aber ungünstig sei.

Das ist eine doppelte Entstellung. Zum einen liegt sie in der Behauptung, der Rechtsextremismus finde ein günstiges Klima vor, zum andern in der Behauptung, marxistische, progressive und gelegentlich sogar terroristische Ideen seien in

ihrer Oeffentlichkeitsarbeit benachteiligt. Ganz im Gegenteil aber werden Träger von Ideen und Organisationen, die sich zur Rechtsstaatlichkeit, zum demokratischen Pluralismus, zur Reform anstelle der Revolution bekennen, auch mit unerlaubten Mitteln behindert und bekämpft. Welcher angeblichen oder vermeintlichen «rechtsextremistischen» Organisation wurde in den letzten Jahren in den Massenmedien die Gelegenheit zu wiederholter Meinungsäusserung oder Selbstdarstellung gegeben? Wie stark sind doch demgegenüber die linken Gruppen und Grüppchen mit ihrem festen Platz in der Medienlandschaft der Schweiz vertreten! Was ist für das öffentliche Image einer Person schädlicher: der Ruf als Rechtsextremist oder der Ruf als Linksextremist? Wobei die salonfähige Regelung erst noch die ist, dass einer *kein* Linksextremist ist, bloss weil er einer Partei angehört, welche die KPdSU

als brüderlich deklariert, der andere aber sicherlich ein Rechtsextremist sein muss, weil er ja die Springerpresse liest . . .

■ ■ ■

Nach Ihrer Einleitung kommen Sie zur «Illustration». Dass Jeanmaire, «dieser hohe Schweizer Offizier mit seiner rechtsextremen Geisteshaltung», so lange spionieren konnte, erklären Sie so: «Man wollte und will nicht wahrhaben, dass es in der Schweiz den Rechtsextremismus gibt und dass er auch im Offizierskorps sich heimisch fühlen kann, oder man ist nicht daran interessiert, ihn zu untersuchen, zu überwachen und seine Auswirkungen zu verhindern.»

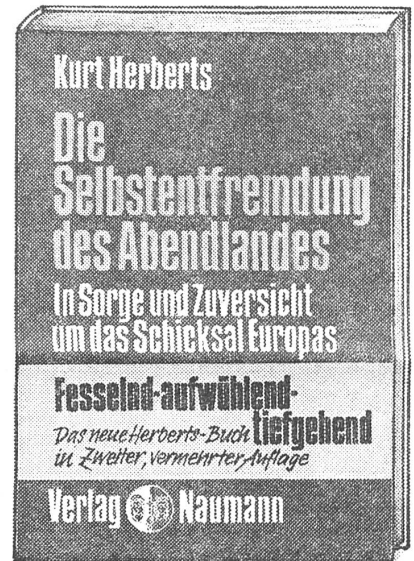
Zunächst: Seine rechtsextreme Geisteshaltung wissen *Sie*; soviel aus den Medien bekannt ist, hat sich der Mann lediglich etwas bieder und auf

**2. erweiterte Auflage
in kurzer Zeit
die 1. Auflage verkauft!**

380 Seiten, Leinen, DM 34,-
ISBN 3-921155-10-X

Aus dem Inhalt:

Vorwort von Prof. Lothar Bossle zur 2. Aufl. - Einführung - Zur philosophischen Besinnung - Die Grundsituation in unserer Zeit - Initiative und Risiko - Verstaatlichung - Weltgeschichtliche Perspektiven - Soziologie und Anti-Soziologie - Lebensqualität - Warner aus dem Osten - Vom „Marsch durch die Begriffe“ - Angriff auf alles Elitiäre - Gerechtigkeit und Gleichheit - Freiheit, Privatsphäre, Dienstbarkeit - Umsturz und Terror - Demokratie, Bürgertum, Parteien - Wohlstandsdiktatur und totale Verwaltung - Interessegegesetze statt Kooperation? - Unternehmer, Staat, Gesellschaft - Probleme der Macht - Anspruchs-, Genuß- und Wachstumsinflation - Sprache und Menschsein - Zur Schulreform und Schulmisere - Ist Herrschaft böse und Dienen unwürdig? - Zukunft und Selbstverwirklichung - Frei wovon? Frei wozu? - Wer bin ich? - Woher kommen wir? - Arbeits-, Bildungs-, Erlösungs-Wissen - Von den letzten Dingen - Vom europäischen Erbe - Wert und Gewissen - Wahrheit und Denken - Krank an sich selbst - Geboren werden und sterben - Rückschau und Einkehr - Literaturverzeichnis - Zur Person des Autors.



Urteile zum Buch

Alles in allem: ein sehr mutiges, im wahrsten Sinne revolutionäres Buch. Wie sehr es sich aus den heute üblichen Gesichtspunkten einer reinen Konsum- und Wohlfahrtsgesellschaft heraushebt, mag ein Zitat aus Novalis bezeugen, das gleich einem Leitmotiv alle Kapitel durchzieht: „Das Sterbliche erdröhnt in den Grundfesten, aber das Unsterbliche fängt heller zu leuchten an und erkennt sich selbst.“ Schweizer Rundschau, Luzern

Das Buch kann bei jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag bezogen werden:

Bestellschein

An den Verlag Naumann, Postfach 54 60, 8700 Würzburg 1

Ich bestelle

... Expl. „Die Selbstentfremdung des Abendlandes“, zum Preis von je DM 34,-

Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	Unterschrift Z

stramm vaterländische Art antikommunistisch gegeben. (Braune Sprüche hat er wohl kaum gemacht; sonst hätte man ihn am Ende für einen Propagandisten der PLO gehalten.) Aber wie immer Sie sein Gehaben definieren wollen: Das war ja eben seine *Tarnung*, die seine wirkliche Geisteshaltung verbergen sollte. Und die drückt sich in der Bereitschaft aus, für die Sowjetunion zu spionieren. Bitte, wenn Sie die Meinung vertreten wollen, dass sich Rechtsextremisten naturgemäss zur Sowjetmacht hingezogen fühlen: ich habe nichts dagegen. Aber, um der armen Logik willen, ganz im Vertrauen: Man tarnt sich allemal als etwas *anderes*; sonst wäre Tarnung nämlich überflüssig.

Aber vielleicht werden Sie, wenn sich einer einmal «links» gibt, um für Pinochet zu spionieren, konsequent bleiben und erklären, da sehe man, dass man auf den Linksextremismus viel zu wenig aufgepasst habe. Allerdings haben Sie eine gute Chance, den Test nicht bestehen zu müssen. Von den 162 Fällen aufgedeckter Spionage seit 1948 gehen 111 zulasten kommunistisch regierter Staaten des Sowjetlagers, und unter den 51 anderen gibt es erst noch mehrere Fälle von Wirtschaftsspionage, die mit der politischen Einstellung der Auftraggeber nichts zu tun haben.

Das mussten Sie natürlich verschweigen, weil es das Gefälle zwischen dem akut gefährlichen Linksextremismus und dem allenfalls latent gefährlichen Rechtsextremismus sichtbar gemacht hätte.

■ ■ ■

Sie sprechen von Rechtsblindheit. Gewiss, ich habe «dafür» schon oft von Linksblindheit gesprochen, aber das ist nicht gegengleich. Denn ich tue es aus dem *gleichen* Verständnis, das mich zum Gegner des Rechtsextremismus macht. Das haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Damit Sie es von jetzt an wenigstens zur Kenntnis nehmen können, gebe ich Ihnen bloss eine Stelle an: S. 13 ff. meiner Schrift «Demokratische Mitte und Totalitarismus», Bern 1975.

Sie geisseln das Sündenbockdenken in der Schweiz und schreiben: «Die eigenen unbewältigten Konflikte projizierte man auf die Hexen, die Katholiken, die Protestanten, die Heiden, die Juden, die Zigeuner, die Homosexuellen, die Huren, die Kommunisten, die Subversiven, die Gegenrevolutionäre, die Araber, die Künstler, die Beamten, die Zöllner, die Polizisten, die Kriminellen, die Studenten und so weiter.» Sie ergänzen dieses «und so weiter» im nächsten Paragraphen: «die Jurassier, die Jesuiten, die Drogenabhängigen, die Flüchtlinge, die Stipendienempfänger, die Besucher von Jugendhäusern, die Arbeitslosen, die Rentenbezüger, die Motorradfahrer, die Mitglieder von Wohngemeinschaften, die Versorgten, die Strafgefangenen und in jüngster Zeit die Terroristen.»

Dieser Kritik am Ostrazismus (dem Sündenbockdenken, das zu Scherbengerichten führt) könnte ich um so leichter folgen, als sie (nachweislich) auch die meine war und ist. Aber es gibt auf Ihrer Liste Auslassungen, die mich stutzig machen. Gewiss, ich verkenne nicht, dass Sie neben den Kommunisten auch die Gegenrevolutionäre als Sündenbockkategorie anführen. Aber das natürliche Pendant wären doch die («sattsam bekannten») Antikommunisten gewesen oder als Gegenstück von hiesigem Gebrauch die «kalten

Krieger». Weil ich Ihnen nicht unterstellen darf, das heutige politische Vokabular zu ignorieren, muss ich annehmen, dass Sie Ihre eigenen Feindbilder heil belassen haben.

Auf Ihrer Liste fehlen die Bürgerlichen. Demgegenüber habe ich immer davor gewarnt, die Kommunisten einfach als Sündenböcke abzutun, statt sie in ihrer Selbstdarstellung zur Kenntnis zu nehmen. Meine Gegnerschaft zum Ostrazismus ist also nicht selektiv.

Aber weiter. Auf Ihrer Liste fehlen die Kulaken, die Armenier, Georgier, Ukrainer und Balten. Es fehlen die Dozenten, Lehrer und Meister. Es fehlen die Opfer der Terroristen, derweil Sie die Terroristen aufführen und sie vor Vorwürfen beschützen.

Vor allem jedoch, Herr Nationalrat, fehlen auf Ihrer Liste die schlimmsten Etiketten für jene Demokraten, die Sie selber als Rechtsextremisten zu Sündenböcken stempeln. Und damit betreiben Sie eine eigene Sündenbockpolitik, die nicht nur extrem, sondern auch extremistisch ist. Denn das ist eine Methode des braunen wie des roten Faschismus.

*

Können Sie die Redaktion der Zeitschrift «Neue Wege» veranlassen, diese Replik zu veröffentlichen, so wird es mir meinerseits eine Freude sein, Ihre allfällige Duplik hier abzdrukken. Damit wäre ein Gespräch eingeleitet, dem ich mich nie entzogen habe.

Peter Sager

Historischer Rückblick mit aktuellem Ausblick

Wie man sozialdemokratische Partner liquidiert

Vor 30 Jahren — am 14. Dezember 1948 — verschwand die letzte sozialdemokratische Partei in Osteuropa, die Polnische Sozialistische Partei (PPS). Und vor 60 Jahren — im Dezember 1918 — wurde in Russland die Nationale Konferenz der Menschewiken (Sozialdemokraten) gezwungen, das Sowjetsystem anzuerkennen. Wird sich die Geschichte wiederholen?

Das Schicksal der russischen Sozialdemokraten

Die Menschewiken verlangten trotz erzwungener Anerkennung des Systems freie Wahlen und Einstellung des Terrors, weshalb sie verfolgt wurden. 1921/22 blieb den noch bestehenden Organisationen nichts anderes übrig, als sich selbst aufzulösen. Den Ueberlebenden wurde der letzte Schlag im Dezember 1931 versetzt: vor dem Obersten Gericht der UdSSR fand damals der letzte grosse Schauprozess gegen sie statt.

Die kommunistische Taktik in Osteuropa

Die Sozialdemokraten waren nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst Verbündete der Kommunisten. Deren generelle Taktik mit ihren Partnern hatte vier Stufen:

- Erst kam der Versuch, die beiden Parteien in einer marxistisch-leninistischen (d.h. kommunistischen) Partei zusammenzuschliessen (Ende 1944, Anfang 1945).
- Nach der Zurückweisung dieses Vorschlages durch die SDP verlangten die Kommunisten eine Aktionseinheit und einheitliche Gewerkschaften unter kommunistischer Führung. Das wurde 1944/45 Wirklichkeit.
- Nun begann die Ausnützung der Sozialdemokraten für die Zerschlagung der «reaktionären» bürgerlichen Parteien (1946/47).

d) Schliesslich erfolgte die Vereinigung mit den Kommunisten, nachdem man alle widerstandsfähigen Sozialdemokraten eingesperrt oder interniert hatte. Die «Vereinigung» bedeutete die Einverleibung der SP in die KP.

Von diesem Schema wich nur die DDR etwas ab: Nach zahlreichen Repressalien wurde der Vereinigungskongress am 15. April 1946 abgehalten und die SED errichtet. Schon im Herbst 1945 entstanden sozialdemokratisch-kommunistische «Arbeitsgemeinschaften», aber die SDP selbst lehnte die Vereinigung konsequent ab (Berliner Konferenz am 20. Januar 1946 und die neue SDP-Konferenz am 1. März 1946).

Liquidierung der einzelnen Parteien

Die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei zeigte relativ geringen Widerstand. Die Slowakische SDP schloss sich schon im Herbst 1944 mit den Kommunisten zusammen, und der tschechische Sozialdemokrat Fierlinger vereinbarte 1942/43 in der Sowjetunion den Anschluss. Die Folge war die grosse Wahlniederlage am 25. Mai 1947: Die Tschechische SDP erhielt 12%, die wieder unabhängig gewordene Slowakische SDP 3% der Stimmen. Auf Druck der KP wählte die SDP-Konferenz in Brünn (13.—16. November 1947) eine neue Parteiführung, die bei der